

## **I. Jahresprogramm 2009**

---



---

## **JAHRESPROGRAMM 2009**

Das Regierungsprogramm und der Finanzplan sind gemäss Kantonsverfassung die zentralen Instrumente der politischen Steuerung im Kanton Graubünden. Regierungsprogramm und Finanzplan bilden gemeinsam die mittelfristige Schwerpunktplanung der Regierung. Die im Regierungsprogramm enthaltenen Schwerpunkte der Regierungstätigkeit werden jeweils in den Jahresprogrammen konkretisiert. Die jährliche Zuteilung finanzieller Mittel erfolgt über das Budget.

Der Grosse Rat hat in der Junisession 2008 den Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2009-2012 beraten und zu wichtigen Punkten Stellung genommen. Diese Erklärungen des Grossen Rates wurden im Jahresprogramm 2009 berücksichtigt. Das vorliegende Jahresprogramm 2009 berücksichtigt im Sinne einer rollenden Überarbeitung die Debatte des Grossen Rates zum Landesbericht in der Junisession 2008 sowie zu priorisierende Projekte aufgrund der laufenden politischen Diskussion.

Auf einführende Erläuterungen zu den einzelnen Entwicklungsschwerpunkten wird verzichtet, solche enthält bereits das Regierungsprogramm. Die Zielsetzungen und strategischen Absichten zu den einzelnen Entwicklungsschwerpunkten basieren auf dem Regierungsprogramm, sofern nicht inhaltliche Anpassungen erforderlich sind. Damit behalten die Mittelfristplanungen als zentrale Orientierungsleitlinien ihre Gültigkeit. Abweichungen erfolgen dann, wenn unvorhersehbare Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen dies erfordern. Die Massnahmen des Jahresprogramms 2009 bestehen somit aus übernommenen beziehungsweise angepassten Zielsetzungen und werden mit den für das kommende Jahr vorgesehenen Massnahmen ergänzt.

### **Schwerpunkte im Jahr 2009**

Die Übernahme des Vorsitzes der Arge Alp bietet die Gelegenheit, politische Akzente zu setzen und den Kanton Graubünden als verlässlichen Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu positionieren. Anliegen der Berggebietspolitik sollen gezielt verfolgt und das internationale Netzwerk ausgebaut werden. Einen besonderen Schwerpunkt werden die erneuerbaren Energien bilden. Mit der Verleihung eines Musikpreises soll auch die Jugend zur Mitwirkung an gemeinsamen Aktionen im Alpenraum motiviert werden.

Mit der Realisierung von elektronischen Dienstleistungen wird der Kontakt der Bevölkerung mit den Behörden erleichtert, indem beispielsweise Bewilligungen mittels elektronischer Formulare über das Internet beantragt werden können. Mit dem Aufbau des Gemeindeportals werden die Portalstrategie weitergeführt und die Voraussetzungen für die Realisierung von ausgesuchten E-Services in Zusammenarbeit mit den Gemeinden geschaffen. Der Bericht zu Vote électronique beinhaltet eine politische Auslegeordnung an den Grossen Rat und soll Möglichkeiten der weiteren Entwicklung aufzeigen.

Für Ansiedlungen und Investitionen wird eine kompetente und kundenfreundliche Beratung aufgebaut. Mit einer optimierten Koordination der verwaltungsinternen Verfahren soll der Dialog zwischen allen Beteiligten gestärkt werden. Anzustreben sind einfache, klar strukturierte und rasche Verfahren, welche das nachhaltige Interesse potenzieller Investoren wecken und deren Begleitung im Investitionsprozess ermöglichen.

In Zusammenhang mit der Vereinheitlichung des Zivil- und Strafprozessrechts des Bundes wird die Gelegenheit genutzt, um mittels Änderung der Zuständigkeiten bei der Strafverfolgung und der richterlichen Beurteilung sowie mittels Strukturreformen bei der erstinstanzlichen Zivil- und Strafgerichtsbarkeit eine wirksame und schlanke Organisation mit klaren territorialen Strukturen und optimalen Verfahrensabläufen ohne Doppelspurigkeiten zu erreichen.

Der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist ein wichtiger Beitrag an Entwicklungs- und Innovationsaktivitäten in Unternehmungen sowie zur Erhaltung der Arbeitsvielfalt. In einem Bericht sollen die speziellen Rahmenbedingungen zur Arbeitsvielfalt und zum Wissenstransfer in einer alpinen und peripher gelegenen Region sowie Lösungsvorschläge für den Erhalt der Arbeitsvielfalt und die Förderung des Wissenstransfers aufgezeigt werden.

---

Im Gesundheitsbereich sind verschiedene Massnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung vorgesehen. So werden die Rahmenplanung für die Alters- und Pflegeheime überarbeitet und ein neues Programm für präventive Hausbesuche aufgebaut. Das Aktionsprogramm für ein gesundes Körpergewicht wird mit ersten Massnahmen umgesetzt.

Mit verschiedenen Massnahmen sollen die Eingliederung von Menschen mit Behinderung, Erwerbslosen und Jugendlichen in den Erwerbsprozess erleichtert werden. Die umfassende Integration und Förderung der ausländischen Wohnbevölkerung wird gemäss den Vorgaben des neuen Ausländergesetzes umgesetzt.

In verschiedenen Bereichen sind Massnahmen zum Verkehr geplant. Die aktive Förderung des Langsamverkehrs und ein gut ausgebautes Fuss- und Wanderwegnetz sowie attraktive Radwegverbindungen sind für den Kanton sowohl aus Sicht des Tourismus als auch aus Sicht der einheimischen Bevölkerung wichtig. Der Ausbau und die Verbesserung der Angebote für den öffentlichen Personen- und Güterverkehr erfolgt laufend.

Um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu vermindern, werden Gefahrenkarten auch für exponierte Strassen, Bahnlinien und touristische Anlagen erstellt sowie das Frühwarn- und Kriseninformationssystem ausgebaut.

Ziel der Struktur- und Aufgabenreform im Tourismus ist, mit der Realisierung von Destinationsmanagement-Organisationen, einer klaren Aufgabenteilung im Marketing und der Neuausrichtung von Graubünden Ferien Graubünden im Tourismusmarkt noch besser zu positionieren. Zur strukturellen Festigung der Bündner Tourismusreform muss die Finanzierung des touristischen Marketings und Angebotes auf ein breiteres, tragfähigeres Fundament gestellt werden. Eine kantonale Tourismusabgabe soll bisherige kommunale Gesetze ersetzen.

Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik geht es in erster Linie darum, die vereinbarten Leistungen mit dem Bund umzusetzen mit dem Ziel, die Standortvoraussetzungen für unternehmerische Tätigkeiten in Berg-, Rand- und Grenzregionen zu stärken. Geplant sind vor allem Massnahmen zur Förderung der Tourismusexporte sowie der Industrie- und Dienstleistungsexporte.

Ein attraktives Steuerklima ist für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Graubünden von zentraler Bedeutung. Ziel der Teilrevision des Steuergesetzes ist, die steuerlichen Rahmenbedingungen im Kanton Graubünden weiter zu verbessern und den Kanton als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu fördern. Dies soll dadurch erreicht werden, dass die Vermögenssteuern reduziert und die Gewinnsteuern herabgesetzt werden.

---

## Entwicklungsschwerpunkte und Massnahmen 2009

### 0: Verwaltung – Reformen – Aussenbeziehungen

#### ES 1/01: Aussenbeziehungen

**Jahresziel**      **Vorsitz Arge Alp nutzen, um Anliegen der Berggebietspolitik gezielt zu thematisieren und das internationale Netzwerk auszubauen**

**Massnahmen**

- Stärkung der Wasserkraftnutzung durch gemeinsame Erklärung der Regierungschefs
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Sicherung der Grundversorgung mit qualitativ hoch stehenden Telekommunikationsdiensten
- Mit Musikpreis Jugend zur Mitwirkung an gemeinsamen Aktionen im Alpenraum motivieren

Die Übernahme des Vorsizes der Arge Alp bietet die Gelegenheit, politische Akzente zu setzen und den Kanton Graubünden als verlässlichen Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu positionieren. Im Bereich der Energiepolitik soll eine Vergleichsstudie zu Themen wie Energieeffizienz, Nutzung der Wasserkraft und anderer alternativen Energien als Grundlage für die politische Diskussion anlässlich der Regierungschefkonferenz 2009 in Flims erarbeitet werden. Eine Arge Alp-Resolution soll aufzeigen, wie wichtig die Grundversorgung mit Telekommunikationsdiensten wie insbesondere Breitbandangebot für die Wettbewerbsfähigkeit des Alpenraums ist. Mit der Verleihung des Arge Alp Preises 2009 soll der Jugend eine Stimme gegeben werden.

#### ES 2/11: Bündner NFA - Gemeindefusionen

**Jahresziel**      **Förderung von Tal- und Gemeindefusionen, um optimale Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen zu schaffen**

**Massnahmen**

- Botschaft „Zusammenschluss der Gemeinden des Bergells“ an den Grossen Rat
- Intensive Förderung und Begleitung weiterer Fusionsprojekte; Reduktion der Zahl der Gemeinden unter 186
- Fortsetzen der Förderungsstrategie

Nach erfolgreichem Abschluss mehrerer Fusionsprojekte sind die Mittel des innovativen Projektes Gemeindefusion bis Ende 2009 ausgeschöpft. Zudem erfolgt die Finanzierung der Förderbeiträge über den Finanzausgleichsfonds. Die heutigen Gemeindefusionen mit vielen Kleingemeinden sind keine idealen Voraussetzungen, um im künftigen Umfeld bestehen zu können. Gemeindefusionen werden daher unter Fortsetzung der Förderungsstrategie unterstützt und begleitet. Dazu gehören die Fusionsprojekte Alvaschein-Vaz, Malix-Churwalden-Parpan, Äusserer Heinzenberg (Cazis-Präz-Sarn-Tartar-Portein) und der Zusammenschluss der Gemeinden des Calancatal.

---

## ES 3/15: E-Government

**Jahresziel** Die gezielte Realisierung von elektronischen Dienstleistungen erleichtert den Kontakt der Bevölkerung mit Kanton und Gemeinde

- Massnahmen**
- Aufbau eines Gemeindeportals und Realisierung von E-Services
  - Optimierung von Dienstleistungen wie Staatskalender, Abstimmungsinformationen und Medienmitteilungen
  - Bericht „Vote électronique im Kanton Graubünden“ an den Grossen Rat

Mit dem Aufbau des Gemeindeportals werden die Portalstrategie weitergeführt und die Voraussetzungen für die Realisierung von ausgesuchten E-Services in Zusammenarbeit mit den Gemeinden geschaffen. Der Kontakt der Bevölkerung mit den Behörden wird erleichtert, indem beispielsweise Bewilligungen mittels elektronischer Formulare über das Internet beantragt werden können. Für die Orientierung der Bevölkerung über die Tätigkeit der Behörden sollen Online-Dienste wie ein Behördenverzeichnis über alle drei Staatsebenen, attraktivere Informationen zu den Ergebnissen von Wahlen und Abstimmungen sowie eine moderne Datenbanklösung für Medienmitteilungen angeboten werden. Der Bericht zu Vote électronique beinhaltet eine politische Auslegeordnung an den Grossen Rat und soll Möglichkeiten der weiteren Entwicklung aufzeigen.

## ES 4/17: Bewilligungen

**Jahresziel** Aufbau einer kompetenten und kundenfreundlichen Beratung für Ansiedlungen und Investitionen

- Massnahmen**
- Analyse der Empfehlungen gemäss Gutachten über die Wirtschaftsförderung
  - Optimierung der Verfahren und der Dienstleistungsqualität
  - Einführung eines "One Stop Shop" unter Einbezug aller Beteiligten und Realisierung von Ansiedlungsprojekten

Um die Ansiedlungsbemühungen im Kanton zu optimieren, schlägt das Gutachten über die Wirtschaftsförderung vor, die verwaltungsinternen Dienstleistungen besser zu koordinieren, um so kunden- und zeitgerechte Problemlösungen zu erbringen. Die Möglichkeiten vereinfachter Prozesse werden geprüft. Mit der Einführung eines "One Stop Shop" unter Einbezug aller Beteiligten werden der Dialog zwischen den Ämtern gestärkt und die Verfahren beschleunigt. Anzustreben sind einfache, klar strukturierte und rasche Verfahren, welche das nachhaltige Interesse potenzieller Investoren wecken und deren Begleitung im Investitionsprozess ermöglichen.

## ES 5/18: Chancengleichheit

**Jahresziel** Mitarbeitende mit Führungsfunktion für Anliegen der Chancengleichheit in der Verwaltung besser sensibilisieren und verpflichten

- Massnahmen**
- Einführung eines Gleichstellungs-Controllings
  - Verbesserung der Kommunikation
  - Information und Schulung

---

Die Information und Schulung von Mitarbeitenden mit Führungsfunktion über die Bedeutung und Verwirklichung der Chancengleichheit von Frau und Mann im Arbeitsprozess sind wichtige Erfolgsfaktoren für die Förderung der Chancengleichheit und die Positionierung der kantonalen Verwaltung als attraktive und vorbildliche Arbeitgeberin. Wichtige Instrumente sind die jährliche Auswertung und Kommunikation der Personalstatistik und die Einführung eines Gleichstellungs-Controllings mit konkreten Zielen und Massnahmen.

## ES 6/19: Immobilien

**Jahresziel**      **Beschlussgrundlagen zur Optimierung des Immobilienportfolios und nachhaltigen Senkung der Raumkosten erarbeiten**

**Massnahmen**   - Durchführung eines Projektwettbewerbs  
- Erarbeitung einer Botschaft für den Neubau eines Verwaltungszentrums in Chur

Der Neubau eines Verwaltungszentrums in Chur, die Aufgabe von schlecht genutzten Mietobjekten und die Veräusserung von ungeeigneten Verwaltungsgebäuden eröffnen dem Kanton neue Möglichkeiten für die effizientere Raumnutzung, die Verbesserung der Nutzungsqualität und die nachhaltige Senkung der Raumkosten. Die Zusammenarbeit nach Innen und nach Aussen kann verbessert und der Kundennutzen erhöht werden.

## 1: Sicherheit

## ES 7/16: Gerichte

**Jahresziel**      **Fortführung der Gesetzgebungsarbeiten mit dem Ziel, die Anschlussgesetzgebung zusammen mit der Schweizerischen Straf- (StPO) und Zivilprozessordnung (ZPO) in Kraft zu setzen**

**Massnahmen**   - Klärung der Grundsatzfrage hinsichtlich der richterlichen Aufgaben für die Kreise (Volksabstimmung über Teilrevision der Kantonsverfassung)  
- Fortführung des Rechtsetzungsprozesses für die Umsetzung von StPO und ZPO auf Gesetzesstufe in Abhängigkeit vom Zeitplan des Bundes  
- Überprüfen der Strukturen der Betreibungs- und Konkursämter mit Blick auf die zwingende Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs (Projekt eSchKG des Bundes)  
- Überprüfung der Bezirkseinteilung und Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens

Die Gesetzgebungsarbeiten des Bundes zur Straf- und zur Zivilprozessordnung konnten im Jahr 2008 abgeschlossen werden. Der Bund beabsichtigt, die beiden Gesetze auf den 1. Januar 2011 in Kraft zu setzen. Auf diesen Zeitpunkt müssen die Kantone ihr Recht anpassen. Die fristgerechte Umsetzung im Kanton erfolgt in die drei Phasen „Klärung der Grundsatzfrage nach den richterlichen Aufgaben der Kreise“, „Umsetzung von StPO und ZPO auf Gesetzesstufe“ sowie „Überprüfung der Strukturen der Bezirksgerichte“ (Wahlverfahren, Einteilung etc.). Da der Bundesrat das Inkrafttreten des Bundesrechts verschoben hat, werden die zweite und dritte Phase erstreckt. Die Möglichkeit des elektronischen Geschäftsverkehrs im Betreibungs- und Konkurswesen (Projekt eSchKG des Bundes) wird voraussichtlich zusammen mit der ZPO eingeführt. Die gesetzlichen Grundlagen im kantonalen Recht werden nach Möglichkeit in Phase 2 geschaffen, wobei die eigentliche Umsetzung in einem separaten Projekt erfolgt.

---

## 2: Bildung in Wirtschaft und Gesellschaft

### ES 8/07: Schule Graubünden

**Jahresziel**      **Zusammenführung und Ausrichtung der kantonalen Schulgesetzgebung auf neue Bedürfnisse**

**Massnahmen**   -   Botschaft Totalrevision des Schulgesetzes an den Grossen Rat

Als Folge des voraussichtlichen Beitritts des Kantons Graubünden zum Konkordat HarmoS, des vom Parlament als dringlich qualifizierten Familienberichts sowie der Umsetzung diverser Vorstösse aus dem Grossen Rat muss das Schulgesetz totalrevidiert werden. Das Schulgesetz, das Kindergartengesetz, Teile des Behindertengesetzes und des Sprachengesetzes werden zusammengeführt und auf die heutigen Bedürfnisse ausgerichtet. So sind unter anderem die Bedürfnisse erwerbstätiger Elternteile und gesamtschweizerisch festgelegte Minimalstandards zu berücksichtigen.

### ES 9/08: Lehrstellen

**Jahresziel**      **Mit gezielten Begleitmassnahmen die Anzahl von erfolglosen Lehrstellensuchenden und Lehrabbrüchen vermindern**

**Massnahmen**   -   Durchführen von Coachings  
-   Etablierung bei den Lehrbetrieben sowie Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze  
-   Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Institutionen verbessern

Im Berufsbildungsbereich umfasst das Case Management ein strukturiertes Verfahren, um adäquate Massnahmen für Jugendliche sicher zu stellen, deren Einstieg in die Berufswelt stark gefährdet ist. Es soll die Chancen der Jugendlichen bei der Lehrstellensuche dank der intensiven Begleitung durch professionelle Coaches erhöhen sowie die Lehrabbrüche minimieren. Weiter soll die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Institutionen und Ämtern durch gegenseitige Informationen, Koordination von Massnahmen wie auch der Erfahrungsaustausch gefördert werden.

### ES 10/14: Wissenstransfer

**Jahresziel**      **Grundlagen zur Förderung der Arbeitsvielfalt und zum Wissenstransfer in einer alpinen und peripher gelegenen Region erarbeiten**

**Massnahmen**   -   Bericht zur Arbeitsvielfalt und zum Wissenstransfer in Graubünden

Der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist ein wichtiger Beitrag an Entwicklungs- und Innovationsaktivitäten in Unternehmungen sowie zur Erhaltung der Arbeitsvielfalt. In einem Bericht sollen die speziellen Rahmenbedingungen zur Arbeitsvielfalt und zum Wissenstransfer in einer alpinen und peripher gelegenen Region aufgezeigt werden. Neben der Problemanalyse sollen auch Massnahmen für den Erhalt der Arbeitsvielfalt und die Förderung des Wissenstransfers unterbreitet werden.



---

## ES 11/20: Bildung und Forschung

**Jahresziel**      **Vorbereitung der Einführung des kantonalen Gesetzes zur Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich**

**Massnahmen**   -   Definition der wichtigsten Schnittstellen, Bildung einer Kommission und erarbeiten der Grundlagen für die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung

Das neue Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) wird die Organisation der Hochschullandschaft Schweiz stark beeinflussen und auch Auswirkungen auf den Hochschulstandort Graubünden haben. Das Gesetz wird das heutige Universitätsförderungsgesetz und das Fachhochschulgesetz ablösen. Es wird künftig die einzige Grundlage des Bundes für die finanzielle Förderung der kantonalen Universitäten und Fachhochschulen sowie für die mit den Kantonen gemeinsam wahrgenommene Koordination des Schweizer Hochschulbereichs sein. Um weiterhin Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit einer grossen regionalen, kantonalen und internationalen Ausstrahlung in Graubünden beheimaten zu können, sind die Arbeiten für die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die Vorgaben des Bundes rechtzeitig an die Hand zu nehmen. Die Inkraftsetzung erfolgt per 1. Januar 2012.

## ES 12/20: Wissensgesellschaft

**Jahresziel**      **Erarbeiten der Grundlagen für die Realisierung eines modernen Bibliotheksplatzes Chur von hoher Qualität**

**Massnahmen**   -   Konzept mit Einbezug aller vom Kanton getragenen wissenschaftlichen Bibliotheken mit Standort Chur erarbeiten

Mit dem Ziel, dass sich die wissenschaftlichen Bibliotheken auf dem Platz Chur im 2012 (trotz der dezentralen Lage und Eigenständigkeit der einzelnen Bibliotheken) der Kundschaft als ein System mit hoher Qualität nach modernen Standards präsentieren und die Benutzung von Bibliotheken für die Kundschaft vereinfachen, ist in einem ersten Schritt die Erstellung eines Konzepts mit verschiedenen Szenarien vorgesehen. Das Konzept wird in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Bibliotheken in Chur erarbeitet und soll aufzeigen, wie Synergien zwischen den Bibliotheken besser genutzt und die Abläufe optimiert werden können.

**Jahresziel**      **Mit innovativen Ausbildungsangeboten den Ausbildungsplatz Chur stärken**

**Massnahmen**   -   Etablierung des Ausbildungsgangs Medieningenieur und Schaffung attraktiver Übungs- und Ausbildungsfelder für Studierende  
-   Durchführung des ersten Masterstudiengangs (Master of Science bzw. Master of Arts)

Die Ausbildung im Bereich Medieningenieurwesen auf Bachelorstufe bietet dem Kanton die Möglichkeit, die lokalen Medien kooperativ an der Ausbildung teilhaben zu lassen. Die kantonale Dreisprachigkeit ermöglicht zudem, attraktive Übungs- und Ausbildungsfelder für Studierende anzubieten. Der Studiengang ist innovativ und hat das Potential, die Zahl der Studierenden auf dem Platz Chur zu erhöhen.

---

### 3: Kultur, Sprache und Sport

#### ES 13/03: Kultur

**Jahresziel** Informationen zu Museen und schützenswerten Bauten im Kanton systematisch erfassen und das Verbreitungsnetz für Kulturinformationen erweitern

**Massnahmen**

- Kantonales Museumskonzept erstellen
- Inventare schützenswerter Bauten in den Gemeinden koordinieren
- Datenaustausch mit Partnern im Tourismusbereich erweitern, neue koordinierte Marketingprojekte durchführen

In Graubünden existieren rund 80 Museen. Im Rahmen des Auftrags Montalta wird ein Gesamtkonzept erstellt, welches die in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Museen priorisiert und koordiniert. Damit sollen attraktive Schwerpunkte in den Regionen gesetzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden. In einer ersten Phase sollen die Funktionen und das Leistungsangebot der Regional- und Lokalmuseen bzw. der regionalen Kulturzentren gesammelt und ausgewertet werden. Ähnlich soll auch bei den schützenswerten Bauten vorgegangen werden, um in Erfahrung zu bringen, welche Daten dazu in den Gemeinden vorhanden sind. Parallel sollen bereits vorhandene Informationen zu bedeutenden Kulturgütern und -anlässen weiteren touristischen Multiplikatoren digital zur Verfügung gestellt und neue Möglichkeiten getestet werden, um mit ausserkantonalen Partnern die einheimische Kultur gezielter zu vermarkten.

### 4: Gesundheit

#### ES 14/06: Prävention und Gesundheit

**Jahresziel** Erarbeiten der Grundlagen für die Realisierung einer umfassenden und aktiven Prävention und Gesundheitsförderung

**Massnahmen**

- Überarbeitung der Rahmenplanung für die Alters- und Pflegeheime im Kanton
- Aufbau des Fachwissens für die erfolgreiche Programmetablierung "Präventive Hausbesuche"
- Start der Sensibilisierungs- und Informationskampagne und Umsetzung von fünf Teilprojekten des Aktionsprogramms für ein gesundes Körpergewicht

Zwischen der Rahmenplanung und den von den Planungsregionen zu ergreifenden Massnahmen im Bereich Wohnen und Leben im Alter besteht ein enger Zusammenhang. Je tiefer die Anzahl der Betten in den Pflegeheimen ist, desto grössere Anstrengungen sind in den alternativen Pflege- und Wohnbereichen notwendig. Für die erfolgreiche Umsetzung des Programms für präventive Hausbesuche ist das Fachwissen im Gesundheitsamt aufzubauen. Das kantonale Aktionsprogramm „Gesundes Körpergewicht Graubünden 2008-2011“ wird auf Basis der Grundlagendokumente von Gesundheitsförderung Schweiz konzipiert. Gemäss heutigem Wissensstand sind zur Förderung eines gesunden Körpergewichts integrale Strategien notwendig, welche auf individueller und gesellschaftlicher Ebene ansetzen und über diverse Kanäle umgesetzt werden.

---

## 5: Soziale Sicherheit

### ES 15/09: Integration – Erwerbsprozess

**Jahresziel**      **Auf- und Ausbau von Angeboten zur besseren Eingliederung von Menschen mit Behinderung, Erwerbslosen und Jugendlichen im Übergang Schule-Beruf**

**Massnahmen**

- Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit
- Verbesserung der Integrationschancen für Personen mit Handicap
- Integration von Jugendlichen mit schulischen, sozialen und sprachlichen Schwierigkeiten in die Berufsbildung - Case Management Berufsbildung

Um Menschen mit Behinderung und Erwerbsloser die Eingliederung zu erleichtern, sollen in erster Linie die interinstitutionelle Zusammenarbeit und die bestehenden Angebote besser koordiniert und ausgebaut werden. Mit dem Projekt Case Management werden Jugendliche mit schulischen, sozialen und sprachlichen Schwierigkeiten im Übergang von der Schule zum Beruf unterstützt.

### ES 16/10: Integration – Ausländische Wohnbevölkerung

**Jahresziel**      **Die ausländische Wohnbevölkerung gemäss den Vorgaben des neuen Ausländergesetzes umfassend integrieren und fördern**

**Massnahmen**

- Erarbeiten eines Integrationskonzeptes für den Kanton Graubünden
- Förderung von Integrationsmassnahmen in den Bereichen Sprache, Bildung und Beruf
- Einleitung von ausserschulischen Frühförderungs- und Förderungsmaßnahmen für fremdsprachige Kinder und Jugendliche
- Umsetzung Erstmassnahmen für die Integration vorläufig aufgenommener Personen und anerkannter Flüchtlinge
- Umsetzung des bundesrechtlichen Informationsauftrages

Gemäss neuem Ausländergesetz (AuG) werden die Kantone und Gemeinden ausdrücklich verpflichtet, die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (inkl. vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge) in der Schweiz zu fördern. Diese Verpflichtung führt zwangsläufig zu einem finanziellen Mehrbedarf sowohl auf der kantonalen als auch der kommunalen Stufe.

---

## 6: Verkehr

### ES 17/04: Mobilität

**Jahresziel**      **Gezielte Förderung des Langsamverkehrs durch aktive Unterstützung der Gemeinden und Organisationen**

- Massnahmen**
- Unterstützung der Vorbereitungsarbeiten für die im Agglomerationsprogramm Chur und Umgebung vorgesehenen Massnahmen im Langsamverkehr
  - Erhaltung der Infrastruktur des Langsamverkehrs
  - Weiterentwicklung des Projektes SchweizMobil zur Förderung des Sommertourismus

Die Regierung hat das Agglomerationsprogramm Chur am 5. Dezember 2007 zuhanden des Bundes verabschiedet. Damit die verschiedenen Langsamverkehrsmassnahmen ab 2011 realisiert werden können, sind die planungsrechtlichen Grundlagen vorzubereiten. Mit der Umsetzung eines Unterhaltskonzepts sind mit Unterstützung aller beteiligten Akteure die Infrastrukturen des Langsamverkehrs zu erhalten. Ein gut ausgebautes Fuss- und Wanderwegnetz sowie attraktive Radwegverbindungen sind für den Kanton sowohl aus Sicht des Tourismus als auch aus Sicht der einheimischen Bevölkerung wichtig.

**Jahresziel**      **Angebote und Erreichbarkeit punktuell verbessern und die Attraktivität des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs weiter steigern**

- Massnahmen**
- Punktuelle Angebotsverbesserungen innerhalb Graubündens sowie Verbesserungen der Verbindungen Richtung Zürich, Bellinzona, Lombardei, Tirol und Südtirol
  - Marketingmassnahmen zur Förderung des Umsteigens im Pendler- und Freizeitverkehr in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Transportunternehmen/Dritten
  - Förderung der Gütertransporte per Bahn
  - Zweckmässigkeit neuer Verkehrsverbindungen prüfen

Die steigenden Mobilitätsbedürfnisse erfordern eine gezielte Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs innerhalb des Kantons, insbesondere für den Pendler- und Freizeitverkehr (schneller, leistungsfähiger, komfortabler, direkter). Die Anbindung Graubündens an das nationale bzw. internationale Bahnnetz ist weiter zu verbessern. Die Zweckmässigkeit neuer Verkehrsverbindungen soll mit der Erteilung von Studienaufträgen abgeklärt werden.

### ES 18/13: Verkehrsträger

**Jahresziel**      **Erreichbarkeit des Kantons und seiner Täler verbessern und die Standortattraktivität erhöhen**

- Massnahmen**
- Umsetzung der Vorhaben gemäss Strassenbauprogramm 2009-2012
  - Projektierung und Realisierung der Umfahrungen Saas und Küblis

Im Strassenbauprogramm 2009-2012 sind die Rahmenbedingungen, Aufgaben und Bedürfnisse sowie die strategischen Überlegungen zum Bündner Strassenbau ausführlich dargelegt. Wichtige laufende Grossprojekte sind die Umfahrungen Saas (Eröffnung 2011) und Küblis (Beginn der Arbeiten für den Voreinschnitt West). Im Weiteren sind die Projektbearbeitung für die Realisierung künftiger Ausbauprojekte in den Folgejahren sicherzustellen und die Mittel für den baulichen Unterhalt zur Gewährleistung der Betriebssicherheit der Kantonsstrassen gezielt einzusetzen.

---

**Jahresziel**      **Unterhalt und Erneuerung der RhB-Infrastruktur und des RhB-Rollmaterials gewährleisten**

**Massnahmen**

- Sicherstellung der Mittel für die Substanzerhaltung der festen Anlagen
- Förderung der Rollmaterialerneuerung im Personen- und Güterverkehr
- Mitwirkung bei der RhB-Planung der Infrastrukturmodule ZEB RhB (Angebotskonzept Bahn 2000 2. Etappe in Graubünden bzw. Richtung Zürich/St.Gallen)

Der Zustand der RhB-Infrastrukturen führt zu einem grossen Investitionsbedarf für die Substanzerhaltung. Die Anforderungen des Marktes nach kürzeren Fahrzeiten, höherer Leistungsfähigkeit, besserem Komfort und nach Behindertengerechtigkeit erfordern gezielte Ausbauten. Der Zustand des Rollmaterials erfordert eine rasche Umsetzung der Rollmaterial-Erneuerungsprogramme.

## **7: Umwelt und Raumordnung**

### **ES 19/24: Klimawandel**

**Jahresziel**      **Dem Klimawandel aktiv begegnen und die negativen Auswirkungen auf Naturgefahren vermindern**

**Massnahmen**

- Erfassung der Gefahren und Risiken auch für exponierte Strassen und Einzelgebäude im Gebirge
- Aufbau eines Frühwarn- und Kriseninformationssystems (Umweltmonitoring)
- Bereitstellung der Informationen in geeigneter Form

Die Gefahrenkarten hinsichtlich Lawinen, Hochwasser, Rutschungen und Steinschlag werden heute nur für den Siedlungsbereich erstellt. Von der Klimaänderung sind aber auch exponierte Strassen, Bahnlinien und touristische Anlagen betroffen. Mit den bestehenden Methoden und Modellen können mit geringem Aufwand auch für diese Bereiche Gefahrenhinweiskarten erstellt werden. Ausgehend von bereits ausgeführten Messungen und Beobachtungen bei Gletschern, Permafrost und Naturereignissen werden gezielt weitere Daten zu Gunsten eines Umweltmonitorings erfasst. Diese lokalen Informationen werden zusammen mit den nationalen Meteowarnungen für den Aufbau eines Frühwarn- und Kriseninformationssystems genutzt. Dazu müssen das bestehende Messnetz ergänzt und die relevanten Informationen den Entscheidungsträgern auf einer geeigneten Plattform bereitgestellt werden.

---

## ES 20/25: Energieeffizienz

**Jahresziel**      **Erhöhung der Standards für geförderte Gebäudesanierungen sowie Nutzung erneuerbarer Energie steigern**

- Massnahmen**
- Anpassen des Förderprogramms an revidierte Normen
  - Verstärkte Zusammenarbeit mit Organisationen der Holzwirtschaft (graubündenHOLZ, SELVA) sowie Sensibilisierung von Liegenschaftsbesitzern und Bauherrschaften
  - Durchführen von Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen
  - Umsetzung des Kommunikationskonzepts Energie

Die mit der Revision des kantonalen Energiegesetzes in Kraft getretene Verstärkung der Förderprogramme für die Nutzung erneuerbarer Energien zeigt Wirkung. Die Anzahl der Beitragsgesuche für die Nutzung von Holzenergie und Umgebungswärme wird erheblich ansteigen, so insbesondere diejenige für die Nutzung der Solarenergie. Eine deutliche Zunahme ist auch bei der wärmetechnischen Gebäudesanierung zu erwarten. Dies nicht zuletzt in Folge der Preissteigerung von Öl und Gas.

## ES 21/26: Wasser

**Jahresziel**      **Verbesserung der Wasserbewirtschaftung**

- Massnahmen**
- Erfassen der Wasserentnahmen in einem Wasserentnahmekataster
  - Abflussmessungen mit Frühwarnung an den wichtigsten Gewässern und Aufbau eines Frühwarn- und Kriseninformationssystems
  - Die Daten aller Abflussmessstellen in geeigneter Form auf dem Internet bereitstellen

Sowohl im Interesse der Nutzung wie auch der Gefahrenprävention sind die Wasserentnahmen und Abflussmengen zu erfassen und zu kontrollieren. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden soll ein Kataster der bewilligten Wasserentnahmen auf Basis des kantonalen GIS erstellt werden. Diese Daten können zudem zu einem Frühwarnsystem ausgebaut und auf dem Internet online publiziert werden.

## 8: Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

### ES 22/02: Tourismus

**Jahresziel**      **Finanzierung des Tourismusmarketings durch Einführung einer kantonalen Tourismusabgabe (KTA)**

- Massnahmen**
- Botschaft zur kantonalen Tourismusabgabe (KTA) an den Grossen Rat
  - Struktur- und Aufgabenreform im Tourismus unterstützen
  - Realisierung von drei Destinationsmanagement-Organisationen (DMO)

---

Zur strukturellen Festigung der Bündner Tourismusreform muss die Finanzierung des touristischen Marketings und Angebotes auf ein breiteres, tragfähigeres Fundament gestellt werden. Die kantonale Tourismusabgabe (KTA) soll bisherige kommunale Gesetze ersetzen. Die KTA ist nicht eine neue Abgabe, sondern ein flächendeckender Ersatz für die heute in vielen Orten bereits bekannten und akzeptierten Kurtaxen und Tourismusförderungsabgaben. Die Bündner Tourismusreform hat zum Ziel, mit der neuen Destinationsstruktur, einer klaren Aufgabenteilung im Marketing und der Neuausrichtung von Graubünden Ferien Graubünden im Tourismusmarkt noch besser zu positionieren. Die Aufgabenteilung bedingt den Zusammenschluss der heutigen Tourismusorganisationen zu Destinationsmanagement-Organisationen (DMO) oder zukünftigen Tourismusorganisationen (zTO).

### ES 23/12: Neue Regionalpolitik

**Jahresziel**      **Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik die vereinbarten Leistungen mit dem Bund umsetzen und die Standortvoraussetzungen in Berg-, Rand- und Grenzregionen stärken**

**Massnahmen**

- Förderung der Tourismusexporte
- Förderung der Industrie- und Dienstleistungsexporte
- Neukonzeption Regionalmanagement
- Unterstützung zur Umsetzung von Strategien in potenzialarmen Räumen

Die Förderung der Tourismusexporte erfolgt schwerpunktmässig mit der Konzeption und Erschliessung von strategischen Standorten für touristische Grossprojekte, der Optimierung von Bergbahninfrastrukturen sowie der gezielten Standortpromotion für Ansiedlungen in den Tourismusgemeinden. Mit einer aktiven Bodenpolitik und neuen Ansiedlungen sollen in erster Linie die Industrie- und Dienstleistungsexporte gefördert werden. Weiter ausgebaut wird das CSEM (Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique SA).

### ES 24/21: Sondernutzungsräume

**Jahresziel**      **Die Realisierbarkeit von Sondernutzungsräumen prüfen**

**Massnahmen**

- Erarbeiten eines Berichts und Prüfung der rechtlichen Machbarkeit, der konkreten Umsetzbarkeit und des Nutzens von Sondernutzungsräumen

Im Zusammenhang mit den Themen „Wirtschaftswachstum“, „Umgang mit ungenutzten Potenzialen in potenzialarmen Räumen“ und „regionale Wirtschaftsentwicklung“ wird häufig von der Notwendigkeit von grösstmöglichen Handlungsspielräumen für die wirtschaftliche Entwicklung von Talschaften und Regionen gesprochen. Darunter fallen auch „Sondernutzungsräume“, welche ein spezifisches Potenzial in einem definierten Raum betreffen. Es ist mit Regionen, die solche Projekte aufgreifen wollen, zu klären, welche gesetzlichen Bestimmungen des Bundes und des Kantons, Verordnungen und Verfahren angepasst werden müssen, um Sondernutzungsräume zu realisieren. Ebenfalls wichtig ist die Definition der Schnittstellen zu anderen Schlüsselprojekten (Potenzialarme Räume, Tourismus-Ressorts, Regionalmanagement, Branchenmanagement usw.), damit eine zielführende Vorgehensweise möglich ist.

---

## ES 25/22: Steuern

**Jahresziel**      **Reduktion der Steuern und Stärkung des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Graubünden**

**Massnahmen**   -   Botschaft zur Teilrevision des Steuergesetzes an den Grossen Rat

Ziel der Teilrevision des Steuergesetzes ist, die steuerlichen Rahmenbedingungen im Kanton Graubünden weiter zu verbessern und den Kanton als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu fördern. Dies soll dadurch erreicht werden, dass die Vermögenssteuern reduziert und die Gewinnsteuern herabgesetzt werden.

## ES 26/23: Wirtschaftswachstum

### *Grossveranstaltungen*

**Jahresziel**      **Initiierung eines Projekts zur Lancierung einer Grossveranstaltung**

**Massnahmen**   -   Grossveranstaltungen von überregionaler Bedeutung stärker unterstützen  
-   Förderung von Kongressen mit internationaler Ausstrahlung

Heute werden in erster Linie touristische Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung im Sinne eines Anschubes gefördert. Künftig sollen Grossveranstaltungen (bspw. Kandidatur Olympische Winterspiele, Weltmeisterschaften Ski/Nordisch/Snowboard) sowie Kongresse mit internationaler Ausstrahlung stärker unterstützt werden. Um die Realisierung von Projekten zu fördern, sollen vor allem Projektträger, Organisationen und Destinationen für Vorbereitungen und Kandidaturen stärker unterstützt werden.

### *Landwirtschaft*

**Jahresziel**      **Mit einem überregionalen Vermarktungskonzept die Wertschöpfung von landwirtschaftlichen Produkten aus dem Alp- und Berggebiet steigern**

**Massnahmen**   -   Mitgestaltung und Unterstützung von alpinavera  
-   Erhöhung der Anzahl Vertragspartner und des Umsatzes

Der Verein alpinavera wurde mit Unterstützung des Bundes und der Kantone Glarus, Uri und Graubünden gegründet. Das Ziel ist, mit gemeinsamen Vermarktungskonzepten den Absatz und die Steigerung der Wertschöpfung alpiner Lebensmittelspezialitäten aus dem Alp- und Berggebiet zu fördern. Die ersten Erfahrungen sind positiv. Für die nachhaltige und langfristige Sicherung des Erfolgs ist insbesondere die Vermarktungsplattform von alpinavera weiter zu konsolidieren und zu professionalisieren.



---

### *Med-Tourismus*

**Jahresziel**     **Abschaffung der Abgaben auf den Einnahmen der Spitäler aus der Behandlung von ausserkantonalen und ausländischen Patientinnen und Patienten**

**Massnahmen**   - Anpassung des Krankenpflegegesetzes (KPG) im Rahmen der Bündner NFA

Indem der Kanton auf die Abgaben für die Behandlung von ausserkantonalen und ausländischen Patientinnen und Patienten verzichtet, ermöglicht er den Spitälern, interessante Preise am Markt anbieten zu können. Damit soll der Anteil ausserkantonalen und ausländischer Patienten in den öffentlich subventionierten Spitälern erhöht werden.

### *Holzwirtschaft*

**Jahresziel**     **Die Nutzung des einheimischen Rohstoffes Holz erhöhen und die Effizienz in der Verarbeitung mit innovativen Lösungen verbessern**

**Massnahmen**   - Erweiterung des Waldwegnetzes und Ausbau der bestehenden Waldwege  
- Förderung der Jungwaldpflege in Holzproduktionsflächen  
- Förderung von Kooperationsmodellen zwischen Waldeigentümern, Waldwirtschaft, Transportunternehmern und Sägewerken  
- Wettbewerb zur Förderung optimaler Betriebsstrukturen

Eine wichtige Rahmenbedingung zur vermehrten Holznutzung ist eine den heutigen Transportmitteln angepasste Walderschliessung. Im Vordergrund stehen der Ausbau von bestehenden Waldwegen sowie die periodische Instandstellung von Waldwegen zur dauernden Gewährleistung einer sicheren Befahrbarkeit. Die Jungwaldpflege soll nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus ausserhalb des Schutzwaldes gefördert werden. Ziel ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Waldwirtschaft. Die Zusammenarbeit zwischen den Forstbetrieben ist zu verstärken. Um die Effizienz bei der Verarbeitung zu erhöhen, wird ein Wettbewerb ausgeschrieben. In diesem schlagen Forstbetriebe selber Lösungen vor, wie sie durch organisatorische Massnahmen ihre wirtschaftliche Situation verbessern können. Erhofft werden innovative Lösungen.

## **ES 27/27: Umweltschutztechnologien**

**Jahresziel**     **Förderschwerpunkte für die interdisziplinäre Forschung und Entwicklung umweltschonender Technologien in Graubünden festlegen**

**Massnahmen**   - Bericht über die aktuelle Forschung und Entwicklung im Bereich umweltschonender Technologien

Zunächst soll in einem Bericht eine Bestandesaufnahme für die interdisziplinäre Forschung und Entwicklung im Bereich umweltschonender Technologien und Produkte vorgenommen werden. Aufgrund dieser Auslegeordnung werden die künftigen Förderungsschwerpunkte im Bereich umweltschonender Technologien festgelegt.

---

## 9: Finanzpolitik und Kantonshaushalt

### ES: 28/05: Bündner NFA – Neukonzeption Finanzausgleich

**Jahresziel**      **Entflechtung der Finanzströme und klare Zuordnung der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden**

**Massnahmen**   -   Botschaft „Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA)“ an den Grossen Rat

Unter Berücksichtigung der NFA zwischen Bund und Kanton wird das Ausgleichssystem unter den Gemeinden im Rahmen des Projektes „Bündner NFA“ durch die Neukonzeption des Ressourcen- und Lastenausgleichs auf eine neue Basis gestellt. Die im Laufe der Zeit unüberschaubar gewordenen Finanzströme werden entflochten und die Aufgaben dem Kanton oder den Gemeinden klar zugeordnet. Bei den verbleibenden Verbundaufgaben werden die Zusammenarbeit und die Finanzierung optimiert.

---

## Überwiesene, bis Ende 2007 nicht erledigte Aufträge mit Bezug zu den Jahresprogrammen

- ES 2: **Auftrag** Rathgeb betreffend Zukunftsperspektiven der Kreise – GRP 2006/2007, Seiten 1148, 1296
- ES 7: **Postulat** Lardi (Chur) betreffend Einführung eines gemässigten Opportunitätsprinzips in der Bündner Strafrechtspflege – GRP 1993/94, Seite 180
- ES 7: **Motion** Portner betreffend Regelung des Straf- und Massnahmenvollzuges auf Gesetzesstufe – GRP 2003/2004, Seiten 191, 303
- ES 8: **Auftrag** Feltscher betreffend angepasste Tagesstrukturen in unseren Schulen – GRP 2005/2006, Seiten 1017, 1133
- ES 8: **Auftrag** Jäger betreffend Revision des Gesetzes über die Kindergärten im Kanton Graubünden (Kindergartengesetz) – GRP 2004/2005, Seiten 975, 1048
- ES 8: **Auftrag** Hanimann (Fraktionsauftrag) betreffend Frühenglisch – GRP 2004/2005, Seiten 459, 571, 582
- ES 8: **Motion** Robustelli betreffend Sicherstellung von Einrichtungen der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden – GRP 2001/2002, Seiten 19, 118
- ES 8: **Auftrag** Jäger betreffend Revision des Schulgesetzes (Verankerung von Schulleitungen) – GRP 2005/2006, Seiten 452, 587
- ES 11: **Auftrag** Claus (Kommissionsauftrag) betreffend eines Hochschul- und Forschungsförderungs-gesetzes – GRP 2007/2008, Seite 284
- ES 13: **Auftrag** Montalta zur Ausarbeitung eines kantonalen Konzepts zur Förderung und Finanzierung der Regionalmuseen und regionalen Kulturzentren – GRP 2006/2007, Seiten 730, 830
- ES 17: **Postulat** Plouda betreffend eine Bahnverbindung sowie eine Postauto-Schnellverbindung Scuol – Landeck – GRP 1998/1999, Seiten 31, 184
- ES 18: **Auftrag** Hanimann (Fraktionsauftrag) betreffend Ausarbeitung einer Vorlage Gesamtkonzept Strassen und Strassenbau Graubünden – GRP 2006/2007, Seiten 879, 1093
- ES 18: **Auftrag** Parolini betreffend Übersicht und Prioritätensetzung beim Strassenbau – GRP 2006/2007, Seiten 879, 1093
- ES 25: **Auftrag** Hanimann (Fraktionsauftrag) betreffend Verbesserung des Steuerklimas im Kanton Graubünden – GRP 2007/2008, Seiten 210, 229
- ES 28: **Postulat** Cavigelli betreffend Erfüllung von Verbundaufgaben – GRP 2002/2003, Seiten 590, 704